

SPIEGEL ONLINE, 20. August 2007

LANDESBANKEN IN DER KRISE

Experten werfen Kontrollgremien Inkompetenz vor

Von Michael Kröger

Die Hypothekenkrise weitet sich zu einer Krise der öffentlich-rechtlichen Banken in Deutschland aus. Einen Grund sehen Experten in der mangelnden Qualifikation der Kontrollgremien - Parteienproporz sei wichtiger als Fachkunde. Trotzdem will die Politik am öffentlichen Bankensektor festhalten.

Berlin - Die Schiefelage ist fürs Erste abgewendet, doch das Unbehagen bleibt. Mit der sächsischen Landesbank ist bereits die zweite, letztlich durch Steuergelder abgesicherte Bank im Zusammenhang mit wackeligen US-Hypothekenkrediten in die Schiefelage geraten.



DPA

Landesbank Sachsen: Besondere Maßstäbe

Vor drei Wochen erst war die Mittelstandsbank IKB in Bedrängnis gekommen, weil beim Spekulieren mit solchen Kreditpaketen riesige Summen auf der Strecke geblieben waren. Auch die Sparkasse Köln/Bonn hat auf dem US-Markt für Hypothekenkredite Millionen investiert, die jetzt abgeschrieben werden müssen.

Ist die Kreditkrise also ein Problem der öffentlich-rechtlichen Banken?

Für pauschale Schuldzuweisungen ist es noch zu früh. So weist der Kölner Finanzwissenschaftler Alexander Kempf darauf hin, dass längst nicht klar sei, welche Institute von der Immobilienkrise noch in Mitleidenschaft gezogen würden. Es sei genauso möglich, dass auch der private Sektor kräftig Federn lassen müsse.

Doch von Seiten der Politik ist man sich jetzt schon einig: Für die öffentlich-rechtlichen Banken müssen besondere Maßstäbe gelten, wenn es um hochspekulative Anlagen geht. Es stelle sich die Frage, "ob es eigentlich Aufgabe einer öffentlich-rechtlichen Bank ist, mit dem Geld der Steuerzahler und der kleinen Sparkassenkunden zu pokern", fragte der Wirtschaftsexperte der sächsischen SPD, Karl Nölle in der "taz" kritisch.

Fehlspekulationen sind keine Einzelfälle

Zumal Fehlspekulationen von Landesbanken in großem Umfang keine Einzelfälle sind. Riskante Eigenhandelsgeschäfte hatten im Frühjahr bei der Düsseldorfer WestLB für eine Krise gesorgt. Verluste von mehr als 240 Millionen Euro aus diesen Geschäften, bei denen es um den Handel mit Stamm- und Vorzugsaktien von BMW, Volkswagen und Metro ging, hat die Bank bislang offiziell bestätigt. Branchenexperten befürchten, dass der Verlust auch 400 bis 500 Millionen Euro erreichen könnte. WestLB-Chef Thomas Fischer musste im Juli seinen Posten räumen. Auch der für das Risikomanagement verantwortliche Vorstand Matthijs van den Adel musste gehen. Weiteren Vorstandsmitgliedern droht der Rauswurf.

Der Rückschlag kam für die WestLB gerade in einer Phase, in der sie sich von ihrem Engagement bei der britischen TV-Verleihkette Box Clever erholte hatte. Hohe Wertberichtigungen bei Box Clever hatten bei der WestLB zwei Jahre in Folge zu Rekordverlusten geführt. Die Finanzaufsicht führte eine Sonderuntersuchung durch, in deren Folge der damalige WestLB-Vorstandschef Jürgen Sengera gehen musste. Danach setzte die Bank den gesamten Geschäftsbereich Principle Finance - zu dem Box Clever gehörte - auf die Verkaufsliste.

Im vergangenen Frühjahr verlor die Bayerische Landesbank durch das Geschäft mit Aktien des Chemiekonzerns Altana knapp 45 Millionen Euro. Als Konsequenz trennte sich die Bank von dem für Finanzmärkte zuständigen Vorstandsmitglied Dieter Burgmer sowie drei weiteren Mitarbeitern.

"Das Geschäftsmodell stimmt nicht"

Die damals mehrheitlich landeseigene Bankgesellschaft Berlin wiederum geriet 2001 durch verlustreiche Immobiliengeschäfte an den Rand des Ruins. Mit den Hintergründen des Skandals und der Rolle der Verantwortlichen beschäftigte sich mehr als fünf Jahre lang ein Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. Topmanagern, Politik, Wirtschaftsprüfern und Aufsichtsgremien warf der Ausschuss kollektives Versagen, "krasses Missmanagement, Größenwahn, kriminelle Energie und ein System der Verschleierung" vor. Mehrere Vorstandsmitglieder wurden verurteilt.

Der Schaden durch die Bankgeschäfte lag bei mindestens drei Milliarden Euro. Eine Pleite der Bank konnte nur durch eine Finanzspitze aus Steuereinnahmen von 1,75 Milliarden Euro und eine Landesbürgschaft von 21,6 Milliarden Euro abgewendet werden.

"Der Staat hat im Bankensektor nichts verloren"

Ein Grund für solche Skandale liegt nach Überzeugung von Experten in der mangelnden Qualifikation der Kontrollgremien, die regelmäßig nach Parteienproporz und weniger nach Fachkunde besetzt seien. Hinter vorgehaltener Hand räumt man auch in der Politik ein, dass hier vieles im Argen liegt. "Einige Ausfälle hätten ohne weiteres vermieden werden können", sagt ein Politiker. Aber so sei die Kommunalpolitik eben aufgestellt. "Da sitzen dann Leute in den Verwaltungsräten, die nicht einmal wissen, wie viele Nullen eine Milliarde hat." Vielleicht habe die Hypothekenkrise in dieser Hinsicht eine heilsame Wirkung.

Trotzdem ist der Ruf aus der Politik, der Staat möge sich aus dem Finanzgeschäft zurückziehen, eher verhalten. "Der Staat hat im Bankensektor nichts verloren", fordert lediglich die FDP. "Das gesamte Geschäftsmodell stimmt nicht", sagt FDP-Finanzexperte Frank Schäffer. Einerseits stünden Landesbanken unter dem Druck, Geld zu verdienen, andererseits seien sie gezwungen, den Sparkassen gute Konditionen einzuräumen. "Vollends absurd erscheint die Situation, wenn man in Rechnung stellt, dass jedenfalls in Nordrhein-Westfalen die Sparkassen verhindern, dass die WestLB Geschäfte mit Privatkunden macht".

Der ehemalige Bankmanager und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Bernhardt teilt Schäffers Forderung, was den Rückzug des Staates aus dem Finanzgeschäft angeht. Die öffentlich-rechtlichen Banken seien völlig frei in ihrer Entscheidung, jedes erdenkliche Finanzgeschäft abzuschließen. Doch die Unternehmenskultur sei weiterhin von der Mentalität des öffentlichen Dienstes geprägt. "Instinkt für das Risiko, oder System der Risikokontrolle sind oft erschreckend gering ausgeprägt."

Allerdings gibt Bernhardt zu bedenken, dass er sich mit dieser Position in der CDU-Fraktion allein auf weiter Flur bewegt. Der größte Teil der Fraktionskollegen habe selbst schon einmal in einem Kontrollgremium einer Sparkasse gesessen. "Da entsteht ein ganz anderer Blickwinkel, aus dem man das betrachtet."

Dass Landesbanken und Sparkassen sich jedenfalls von hochspekulativen Geschäften fernhalten sollten, findet auch Bernhardts Fraktionskollege Michael Fuchs. Doch ihre Daseinsberechtigung will er nicht in Frage gestellt sehen. "Speziell die Sparkassen spielen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Mittelstands", erklärt er. Die Risikominimierung lasse sich allerdings nur durch Selbstbeschränkung erreichen, fügt er hinzu. "Ich sehe nicht, wie man Regeln formulieren will, die das eine sauber vom anderen trennen können".

Im gleichen Tenor äußerte sich auch Rainer Wend. Er hält den öffentlichen Bankensektor sogar für unverzichtbar. "Etliche Finanzierungsvorhaben - speziell im Mittelstand - sind nur zu Stande gekommen, weil es öffentliche Banken gibt", sagt der SPD-Finanzexperte. Er fordert dagegen neue Transparenzregeln für Fonds. Dies sei die wichtigste Voraussetzung für eine vernünftige Risikoabwägung.